



Sozialpädagogische Familienhilfe e.V.

Sozialpädagogische Familienhilfe Emmendingen

**SoFa** e.V.

SoFa e.V. c/o. Cornelia Metz

Spitalstr.35

79359 Riegel

mail: SoFa-eV@web.de

## Beitrittserklärung

Ich trete hiermit dem Verein "**SoFa** e.V." als Mitglied bei.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Name, Vorname, Adresse, Email, Beruf und Telefonnummer an die Mitglieder des Vereins weitergegeben werden darf.

(ja)  (nein) Zutreffendes bitte ankreuzen.

Vor- und Zuname

Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Telefonnummer

Fax/e-mail

Ort / Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Die im Aufnahmeantrag angegebenen personenbezogenen Daten, insbesondere Name, Geb.Datum, Anschrift, Telefonnummer, Bankdaten, sind allein zum Zwecke der Durchführung des entstehenden Mitgliedschaftsverhältnisses notwendig und erforderlich und werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben. Die Datenschutz-Informationen gemäß **Art. 12 ff DSGVO** sind dem **beigefügten Merkblatt** zu entnehmen.

## Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Verein **SoFa** e.V. bis auf Widerruf von meinem Konto

Kontonummer \_\_\_\_\_ mittels Lastschrift bei \_\_\_\_\_

BLZ \_\_\_\_\_ ab dem Jahr \_\_\_\_\_ den Jahresbeitrag von

Euro 36,00 einzuziehen.

Name, Vorname des Kontoinhabers

Unterschrift des Kontoinhabers

Bankverbindung: **SoFa** e.V. Deutsche Bank Emmendingen BLZ: 68070024  
Kontonr.: 102464

## Anlage Merkblatt: Art. 12 DSGVO Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person

1. <sup>1</sup>Der Verantwortliche trifft geeignete Maßnahmen, um der betroffenen Person alle Informationen gemäß den Artikeln 13 und 14 und alle Mitteilungen gemäß den Artikeln 15 bis 22 und Artikel 34, die sich auf die Verarbeitung beziehen, in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache zu übermitteln; dies gilt insbesondere für Informationen, die sich speziell an Kinder richten. <sup>2</sup>Die Übermittlung der Informationen erfolgt schriftlich oder in anderer Form, gegebenenfalls auch elektronisch. <sup>3</sup>Falls von der betroffenen Person verlangt, kann die Information mündlich erteilt werden, sofern die Identität der betroffenen Person in anderer Form nachgewiesen wurde.
2. <sup>1</sup>Der Verantwortliche erleichtert der betroffenen Person die Ausübung ihrer Rechte gemäß den Artikeln 15 bis 22. <sup>2</sup>In den in Artikel 11 Absatz 2 genannten Fällen darf sich der Verantwortliche nur dann weigern, aufgrund des Antrags der betroffenen Person auf Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß den Artikeln 15 bis 22 tätig zu werden, wenn er glaubhaft macht, dass er nicht in der Lage ist, die betroffene Person zu identifizieren.
3. <sup>1</sup>Der Verantwortliche stellt der betroffenen Person Informationen über die auf Antrag gemäß den Artikeln 15 bis 22 ergriffenen Maßnahmen unverzüglich, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags zur Verfügung. <sup>2</sup>Diese Frist kann um weitere zwei Monate verlängert werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Komplexität und der Anzahl von Anträgen erforderlich ist. <sup>3</sup>Der Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags über eine Fristverlängerung, zusammen mit den Gründen für die Verzögerung. <sup>4</sup>Stellt die betroffene Person den Antrag elektronisch, so ist sie nach Möglichkeit auf elektronischem Weg zu unterrichten, sofern sie nichts anderes angibt.
4. Wird der Verantwortliche auf den Antrag der betroffenen Person hin nicht tätig, so unterrichtet er die betroffene Person ohne Verzögerung, spätestens aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags über die Gründe hierfür und über die Möglichkeit, bei einer Aufsichtsbehörde Beschwerde einzulegen oder einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen.
5. <sup>1</sup>Informationen gemäß den Artikeln 13 und 14 sowie alle Mitteilungen und Maßnahmen gemäß den Artikeln 15 bis 22 und Artikel 34 werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. <sup>2</sup>Bei offenkundig unbegründeten oder – insbesondere im Fall von häufiger Wiederholung – exzessiven Anträgen einer betroffenen Person kann der Verantwortliche entweder
  1. ein angemessenes Entgelt verlangen, bei dem die Verwaltungskosten für die Unterrichtung oder die Mitteilung oder die Durchführung der beantragten Maßnahme berücksichtigt werden, oder
  2. sich weigern, aufgrund des Antrags tätig zu werden.

<sup>3</sup>Der Verantwortliche hat den Nachweis für den offenkundig unbegründeten oder exzessiven Charakter des Antrags zu erbringen.

6. Hat der Verantwortliche begründete Zweifel an der Identität der natürlichen Person, die den Antrag gemäß den Artikeln 15 bis 21 stellt, so kann er unbeschadet des Artikels 11 zusätzliche Informationen anfordern, die zur Bestätigung der Identität der betroffenen Person erforderlich sind.
7. <sup>1</sup>Die Informationen, die den betroffenen Personen gemäß den Artikeln 13 und 14 bereitzustellen sind, können in Kombination mit standardisierten Bildsymbolen bereitgestellt werden, um in leicht wahrnehmbarer, verständlicher und klar nachvollziehbarer Form einen aussagekräftigen Überblick über die beabsichtigte Verarbeitung zu vermitteln. <sup>2</sup>Werden die Bildsymbole in elektronischer Form dargestellt, müssen sie maschinenlesbar sein.
8. Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 92 delegierte Rechtsakte zur Bestimmung der Informationen, die durch Bildsymbole darzustellen sind, und der Verfahren für die Bereitstellung standardisierter Bildsymbole zu erlassen.

### Passende Erwägungsgründe

(58) Grundsatz der Transparenz (59) Modalitäten für die Ausübung der Rechte der Betroffenen (60) Informationspflicht (73) Beschränkungen von Rechten und Grundsätzen

